

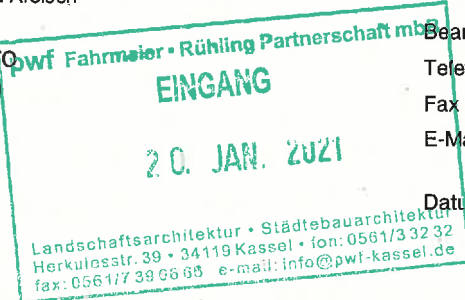


Hessen Mobil – Straßen- und Verkehrsmanagement  
Postfach 14 60. 34444 Bad Arolsen

Aktenzeichen

34 c 2 - 2020-20862 - BV 10.3 Ky

PWF Planungsbüro  
Herkulesstraße 39  
34119 Kassel



Bearbeiter/in

Frau Krey

Telefon

(05691) 893 158

Fax

(05691) 893 170

E-Mail

Christiane.Krey@mobil.hessen.de

Datum

19. Januar 2021

**Bauleitplanung der Gemeinde Twistetal im Ortsteil Berndorf**

**Bebauungsplan Nr. 10 „Hinter den Höfen I“**

**hier: Frühzeitige Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB**

**Ihr Schreiben vom 17.12.2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen der Beteiligung der Behörden gem. § 4 (1) Baugesetzbuch (BauGB) gebe ich meine Stellungnahme zu der Bauleitplanung der Gemeinde Twistetal, Ortsteil Berndorf, Bebauungsplan Nr. 10, „Hinter den Höfen I“ ab. Die Stellungnahme beinhaltet die Belange der integrierten Siedlungs- und Verkehrsplanung und die der betroffenen Straßenbaulastträger.

Das Plangebiet wird an drei Seiten von klassifizierten Straßen umschlossen. Hiervon sind die Bundesstraße Nr. 252 im Netzknotenabschnitt von 4619 080 nach 4619 058 von km 0,000 nach km 0,200 entlang der freien Strecke, die Landestraße Nr. 3297 im Netzknotenabschnitt von 4619 079 nach 4619 057 von km 0,000 nach km 0,135 innerhalb der rechtlichen Ortsdurchfahrt und die Landestraße Nr. 3297 im Netzknotenabschnitt von 4619 080 nach 4619 079 von km 0,000 nach 0,410 entlang der freien Strecke betroffen.

Folgende Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit mache ich aufgrund des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) und Hess. Straßengesetzes (HStrG) geltend.

1. Auf den Grundstücken des Straßenbaulastträgers dürfen keine Kompensationsmaßnahmen durchgeführt werden. Durch die weiteren Kompensationsmaßnahmen darf das Straßengrundstück nicht beeinträchtigt werden. Im weiteren Verfahren ist das anfallende Kompensationsdefizit von 83.821 Wertpunkten zu erläutern.
2. Bei geplanten Baumpflanzungen entlang der Bundes- und Landesstraßen außerhalb des Straßengrundstücks ist darauf zu achten, dass keine Schutzmaßnahmen gemäß den Richtlinien für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug - Rückhaltesysteme (RPS) notwendig werden.

3. Die Baubeschränkungszone ist im Bebauungsplan darzustellen.
4. Die verkehrliche Erschließung erfolgt über die Landesstraße Nr. 3297 in den markierten Bereichen. Der Bereich, der ohne Ein- und Ausfahrt dargestellt ist, ist auf den Ausrundungsbereich der Stadtstraße Heideweg zur Landesstraße Nr. 3297, der Planstraße (in Gegenlage zur REWE Zufahrt) zur Landesstraße und auf den Kreuzungsbereich Bahnhofstraße (L 3297) und Hinter den Höfen (L 3297) auszuweiten. Des Weiteren stehen der Heideweg und die Planstraße zur verkehrlichen Erschließung zur Verfügung.
5. Der neue Stadtstraßenanschluss ist hinsichtlich der planerischen Details mit Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement Bad Arolsen abzustimmen. Die Entwurfsplanung wird mit einem "Geprüft"-Vermerk versehen. Anhand der geprüften Unterlagen wird der neue Stadtstraßenanschluss hergestellt. Zu gegebener Zeit werden die Einzelheiten in einer noch aufzustellenden Verwaltungsvereinbarung geregelt.
6. Der vorhandene Wirtschaftsweg, der als Stadtstraße (Heideweg) ausgewiesen werden soll, ist hinsichtlich seiner Abmessungen für den Gewerbegebietsverkehr zu überprüfen und Hessen Mobil zur Zustimmung vorzulegen. Sollte ein Ausbau aufgrund der vorhandenen Bebauung nicht möglich sein, so ist der Verkehr entsprechend zu beschränken. Bei einem Ausbau ist eine Verwaltungsvereinbarung abzuschließen.
7. Wenn durch Hessen Mobil die verkehrliche Notwendigkeit festgestellt wird, erfolgt die verkehrliche Erschließung über eine Linksabbiegespur auf der klassifizierten Straße nach den Richtlinien für die Anlage von Landstraßen (RAL-2012). Die Kostentragung für Planung, Bau und Unterhaltung obliegt der Gemeinde Twistetal. Im Vorfeld ist die Detailplanung mit Hessen Mobil, Straßen- und Verkehrsmanagement Bad Arolsen abzustimmen und eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung abzuschließen.
8. Die Sichtdreiecke von den Straßenanschlüssen zur Landesstraße und von der Landesstraße zur Landesstraße sind gemäß den Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt-2006, Fassung 2008) einzuhalten und dauerhaft freizuhalten. Im Bereich der Sichtdreiecke müssen für wartepflichtige Kraftfahrer, Radfahrer und Fußgänger Mindestsichtfelder zwischen 0,80 m und 2,50 m Höhe von ständigen Sichthindernissen, parkenden Kraftfahrzeugen und sichtbehinderndem Bewuchs freigehalten werden. Innerhalb der Sichtfelder darf weder die Sicht auf Kinder noch die Sicht von Kindern auf Fahrzeuge beeinträchtigt werden. Als Anfahrtsicht wird die Sicht bezeichnet, die ein Kraftfahrer haben muss, der mit einem Abstand von 3,00 m gemessen vom Fahrbahnrand der übergeordneten Straße wartet. Die Schenkellänge der Sichtfelder beträgt 70 m. **Die Sichtdreiecke sind im Bebauungsplan darzustellen.** Unter Hinweise ist die dort genannte Höhe von 1,0 m auf 0,80 m abzuändern.
9. Unter den Hinweisen auf die Bauverbotszone wird nur das Hess. Straßengesetz erwähnt. Da die Bundesstraße ebenfalls betroffen ist, ist auch das Bundesfernstraßengesetz anzuführen.

10. Bei der Ausweisung der Stellplätze entlang der klassifizierten Straßen ist darauf zu achten, dass eine Blendwirkung durch die Nutzung der Parkplätze auszuschließen ist.
11. Durch die Reflexion des Sonnenlichts von den Modulflächen darf keine Blendwirkung für den Verkehrsteilnehmer auf der Bundes- und Landesstraße entstehen.
12. Das von den befestigten Flächen anfallende Oberflächenwasser ist auf dem eigenen Grundstück abzufangen und darf nicht dem Straßengrundstück der B 252 und der L 3297 bzw. deren Entwässerungseinrichtungen zugeführt werden.
13. Werbeanlagen sind blendfrei zu gestalten.
14. Im direkten Bereich zur Landesstraße Nr. 3297 hin, ist während den Baumaßnahmen darauf zu achten, dass die Wurzeln der Straßenbäume vor Beschädigungen, Austrocknungen und Frosteinwirkungen zu schützen sind. Die günstigste Jahreszeit ist der Herbst, da dann die Gefahr von Trocken – und Frostschäden gering ist. Ist eine offene Baugrube unvermeidbar, so sind zur Erhaltung der Vitalität der Großbäume die Wurzeln so zu behandeln, dass das Eindringen von holzerstörenden Pilzen in das Wundgewebe vermieden wird. Weiterhin sollten die Erdbaumaßnahmen einen Mindestabstand von 2,50 m zum Stamm einhalten. Auf die DIN 18920 sowie die Richtlinie für die Anlagen von Straßen (RAS) wird zur Beachtung hingewiesen. Für Arbeiten auf dem Straßengrundstück ist immer die Zustimmung von Hessen Mobil einzuholen.

Beabsichtigte eigene Planungen habe ich zu dem Plan vorzubringen:

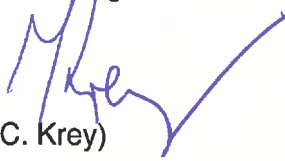
- Die geplanten Ausgleichsmaßnahmen befinden sich im Bereich der Planung der OU Twiste. Jedoch steht die Ökokontomaßnahme „An der Burg“, Flurstück Nr. 4/3, Flur 11, Gemarkung Twiste nicht in Konflikt zur geplanten Trasse der Ortsumgehung Twiste.
- Die mögliche Fortführung des Rad-/ Gehweges ist noch nicht abschließend geklärt.

Folgende fachliche Informationen habe ich anzuführen:

1. Von den Bundes- und Landesstraße gehen schädliche Immissionen (Lärm und Luftverunreinigungen) aus. Es ist Sache des Trägers der Bauleitplanung die erforderlichen Nachweise zu führen und ggf. Vorkehrungen zu treffen. Kosten oder anteilige Kosten hierfür werden durch die Straßenbaulastträger nicht übernommen.
2. Weiterhin möchte ich darüber informieren, dass der Straßenseitengraben der Bundesstraße Nr. 252 entgegen den Aussagen des Umweltberichtes auf Seite 14 kein Gewässer ist, sondern ein Bestandteil der Straße gemäß Bundesfernstraßengesetz (FStrG) § 1 (4) 1. Dies ist entsprechend zu korrigieren.

3. Wenn für notwendige Verkabelungsarbeiten das Straßengrundstück mitbenutzt werden muss, so ist im Vorfeld ein Nutzungsvertrag abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen  
im Auftrag



(C. Krey)